



Foto: Roland Trabe, IFDL Demoabschluss 16.12.

## Demos für ein faires, demokratisches und bildungsförderndes LehrerInnendienstrecht vor der NR-Sitzung am 17.12.2013



WIEN 16.12.2013

### 1.600 Junglehrer protestieren gegen Lehrerdienstrecht

Bei eisigen Temperaturen sind gestern Abend rund 1.100 Junglehrer in Wien dem Aufruf der „Initiative für ein faires LehrerInnendienstrecht“ gefolgt und gegen das neue Lehrerdienstrecht auf die Straße gegangen. Bei einer Kundgebung in Graz haben bereits am Nachmittag 500 Personen (jeweils Polizeiangabe) gegen die Reform, die heute im Nationalrat beschlossen werden soll, protestiert.

Mehr Unterrichtsstunden bedeuteten weniger Zeit für die Schüler und damit weniger Qualität, kritisierte eine Rednerin bei der Demo in Wien. Mit Kerzen, Trillerpfeifen, Ratschen und Topfgeklapper wanderte der Protestzug vom Hauptgebäude der Uni zum Stadtschulrat und danach weiter zu Unterrichtsministerium und Parlament.

**Mehr dazu in [oesterreich.ORF.at](http://oesterreich.ORF.at)**

Auf Transparenten wetterten die Demonstranten gegen „Sparen auf Kosten der Begabten in diesem Land“ und forderten „Bildungsqualität statt Sparpaket“. „Bei den Banken wart ihr fix, für die Bildung tut ihr nix“ und „Wer bei der Bildung spart, der will einen Deppen-Staat“, unterstellten sie der Politik. Verkehrsbehinderungen durch Proteste

Der Protestmarsch der „Initiative für eine qualitätsvolle Bildung für Alle“ in Graz führte wie jener in Wien teilweise zu Verkehrsbehinderungen. Grazer Demoteilnehmer sprachen von einer „Mogelpackung“: „Mit dem neuen Dienstrecht haben wir de facto weniger Zeit für die Schüler. Das ist kein Bildungspaket, sondern ein Sparpaket“, meinte eine Demonstrantin. Eine andere Lehrerin wiederum fand, dass das neue Dienstrecht vor allem zulasten der jungen Lehrer ginge, die jetzt noch in der Ausbildung seien. Die Reform gilt verpflichtend ab dem Schuljahr 2019/20, davor können Junglehrer zwischen bestehendem und neuem Dienstrecht wählen.



WIEN 16.12.2013



## Lichterzug gegen neues Dienstrecht

Nach Protesten bei der Angelobung der Bundesregierung führen die Lehrer die Demonstrationen fort. Am Montagabend zogen über 1.000 Personen mit Kerzen durch die Stadt, um ihren Unmut kundzutun.

Mit Trillerpfeifen, Ratschen und Topfgeklapper wanderte der Protestzug vom Hauptgebäude der Uni Wien vorbei an den Besuchern des Christkindlmarkts auf der Freyung zum Stadtschulrat und danach weiter zu Unterrichtsministerium und Parlament.

## Morgen soll neues Dienstrecht beschlossen werden

Auf Transparenten wetteten die Demonstranten gegen „Sparen auf Kosten der Begabten in diesem Land“ und forderten „Bildungsqualität statt Sparpaket“. „Bei den Banken wart ihr fix, für die Bildung tut ihr nix“ und „Wer bei der Bildung spart, der will einen Deppen-Staat“, unterstellten sie der Politik. Das neue Lehrerdienstrecht soll am Dienstag im Nationalrat beschlossen werden.

APA/Georg Hochmuth

Den Protestanfang machte am Vormittag die Organisation ATTAC, die mit einer Fotoaktion auf dem Ballhausplatz eine Vermögenssteuer forderte. Auch die Österreichische HochschülerInnenschaft (ÖH) demonstrierte vor der Angelobung - vor allem gegen die Abschaffung des eigenständigen Wissenschaftsministeriums.



APA/Roland Schlager

## ATTAC fordert Vermögenssteuer

Transparente und Sprechchöre  
Nachdem der Regierungspakt im Bundeskanzleramt unterzeichnet worden war, ging die Bundesregierung geschlossen zur Präsidentschaftskanzlei. Die Demonstranten wurden von der Polizei in Richtung Heldenplatz abgedrängt.

Rund 250 Teilnehmer protestierten für Vermögenssteuern bzw. gegen die Abschaffung des eigenständigen Wissenschaftsministeriums. Die Repräsentanten von ATTAC und der ÖH trugen Transparente vor sich her und machten mit Sprechchören und einem Pfeifkonzert auf sich aufmerksam. Zu lesen war unter anderem der Spruch „Heinzi! Duas ned.“ oder auf einem ÖH-Transparent „Seid's wo angrennt?!“ Zu hören war auch der Sprechchor „Wir sind hier und wir sind laut, weil ihr heute Scheiße baut!“



APA/Georg Hochmuth

## „Abschied“ vom Wissenschaftsministerium

Etwa 150 Menschen folgten Montagmittag dem Aufruf der ÖH zu einer Kundgebung gegen die Fusion des Wissenschaftsministeriums mit dem Wirtschaftsressort. Sie veranstalteten einen Trauermarsch auf dem Minoritenplatz vor dem Ministerium inklusive Pappsarges, Grabkerzen, Trauermusik und eines „Kondolenzbuchs“. Die Wirtschaft dürfe nicht über die Wissenschaft bestimmen, hieß es bei der Kundgebung. Verwiesen wurde auch auf den Protest mehrerer 10.000 im Internet.



Der neue Wirtschafts- und Wissenschaftsminister Reinhold Mitterlehner (ÖVP) sagte im Vorfeld, dass er solche Proteste respektiere. Er wolle dem entgegenarbeiten, indem er Kooperation anbiete, er wolle den Protesten „konkrete inhaltliche“ Politik entgegensetzen. Die Freiheit der Wissenschaft werde von ihm selbstverständlich respektiert, unterstrich Mitterlehner. Es gehe darum, Synergien bei der Forschung zu heben.

APA/Herbert Neubauer

## Schwarze Flaggen an Universitäten

Alle österreichischen Universitäten wurden am Montag „als Zeichen des Protests gegen den Verlust des eigenständigen Wissenschaftsministeriums“ schwarz beflaggt. Das beschloss die Universitätenkonferenz am Montag zu Beginn ihrer Plenarsitzung in Graz einstimmig.



„Die Abschaffung eines eigenständigen Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung ist ein schwarzer Tag für Österreichs Universitäten und damit auch für die Universität Wien“, betonte etwa der Rektor der größten Uni des Landes, Heinz Engl, in einer Aussendung. „Diese Aktion richtet sich nicht gegen Personen, wir werden auch mit künftigen Verantwortungsträgern gut zusammenarbeiten, sondern gegen die mit diesem Vorgang verbundene Symbolik.“

## GRAZ 16.12.2013

### Protestmarsch: 300 Lehrer auf der Straße

Etwa 300 Lehrer haben am Montagnachmittag in Graz gegen das neue Lehrerdienstrecht in Graz protestiert. Aktive und angehende Lehrer sprachen sich lautstark gegen die Arbeitszeiterhöhung und einen drohenden „Qualitätsverlust“ des Unterrichts aus.

Fahrradklingeln, Megafone und Stimmgewalt – das alles haben die steirischen Lehrer zum Protestmarsch gegen das neue Lehrerdienstrecht in der Grazer Innenstadt mitgebracht. Unterbrochen wurden die Parolen immer wieder von Schweigeminuten für eine „erstarrte Bildung“, wie Johann Schögler vom BORG in der Grazer Monsbergegasse sagt.



ORF.at - Rund 300 Lehrer demonstrieren.

### Kein „wilder Streik“

„Dieses Dienstrecht führt dazu, dass die Bildung ganz entscheidend hinuntergefahren wird, dass die Allgemeinbildung praktisch keinen Wert mehr hat, dass auch die Fachbildung ganz hintangestellt werden wird“, so Schögler. Streik sei der Protestmarsch jedoch keiner, sondern eine Versammlung außerhalb der Dienstzeit. "Es ist kein Streik. Diejenigen, die jetzt keinen Unterricht haben, die sind da. Es ist nicht so, dass wir selbst einen Streik ausrufen können, weil das dann als ‚wilder Streik‘ deklariert wird“, sagte Schögler.

### Lehrer-Anwärter betroffen

Nicht nur aktive Lehrer waren vor der Grazer Oper, um zu demonstrieren, auch Lehramtsstudenten – die angehenden Lehrer – waren vertreten. Für Patricia zum Beispiel, kurz vor dem Abschluss ihres Studiums,

wird das neue Lehrerdienstrecht dazu führen, dass für jedes einzelne Kind in der Klasse weniger Zeit bleibt. Die angehenden Lehrer sind außerdem von niedrigeren Höchstgehältern, aber auch von höheren Einstiegsgehältern betroffen.



Bild: ORF.at - Vor dem Landhaus endete der Marsch mit einer Versammlung.

Am Dienstag soll das Gesetz dazu von der Regierung beschlossen werden. Für BORG-Lehrer Schögler ist klar: „Wir fordern, dass dieses Dienstrecht - auch, wenn es abgestimmt wird - zurückgezogen wird. Es darf nicht umgesetzt werden.“  
Streitpunkt Arbeitszeiterhöhung  
Seit Monaten ist das Lehrerdienstrecht das dominierende Gesprächsthema in den steirischen Konferenzräumen. Es bringt unter anderem eine Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung auf 24 Stunden - mit Ausnahmen. Zudem soll sich die Bezahlung ändern - ein höheres Einstiegsgehalt, dafür

niedrigere Höchstgehälter - mehr dazu in [Neues Dienstrecht „verschlechtert“ Unterricht](#) (20.11.2013).  
Publiziert am 16.12.2013



DORNBIRN 12.12.2013

## 3.500 Lehrer und Schüler demonstrierten in Dornbirn

Rund 3.500 Lehrer und Schüler sind am Donnerstag in Dornbirn auf die Straße gegangen, um gegen die Bildungspolitik der Bundesregierung zu protestieren. Die Lehrer wehren sich gegen das geplante neue Lehrerdienstrecht, die Schüler gegen die Zentralmatura. Der Protestmarsch der Schüler startete um 10.00 Uhr beim Bahnhof in Richtung Rathaus, um 11.30 Uhr setzten sich die Lehrer vom Bahnhof zum Kulturhaus in Bewegung.



*Im Video zu sehen: Christine Oberhuber (Lehrerin an der HTL Dornbirn), Gerhard Petter (Lehrer am BORG Götzis), Markus Schneider (Lehrer an der HTL Bregenz), Eugen Lampert (Vorsitzender der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst), Robert Lorenz (AHS-Gewerkschaftschef), Kurt Bührle (Sozialistische Jugend, Streikorganisator), Barbara Gorny (Schülerin am BORG Lauterach); Beitrag von Stefan Krobath, Tobias Becker/Holger Weitze, Christina Lachner*

Nach Angaben der Veranstalter haben sich insgesamt rund 3.500 Personen - etwa 2.500 Lehrer und 1.000 Schüler - an den Protestmärschen beteiligt.

### Lehrer hoffen auf ein Umdenken

Zum Protestmarsch der Lehrer haben die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst und die Unabhängige

Bildungsgewerkschaft aufgerufen. Er sei überwältigt von der großen Zahl der Teilnehmer, so AHS-Personalvertreter Gerhard Puschnigg gegenüber dem ORF Vorarlberg. Das neue Lehrerdienstrecht sei nicht akzeptabel, es könne nicht ein ungerechtes Dienstrecht gegen ein noch ungerechteres Dienstrecht ersetzt werden.

Durch den Protestmarsch hoffe man auf ein Umdenken, so Puschnigg. Dabei zähle man vor allem auf die Nationalratsabgeordneten und hoffe, dass diese „mündig und selbstständig entscheiden“.

„Bis zu Streikmaßnahmen alles möglich“

„Ich bin tief beeindruckt, dass diese Mobilisierung stattgefunden hat“, so GÖD-Vorsitzender Eugen Lampert. Die große Zahl der Teilnehmer zeige, dass die Regierung einen dringenden Handlungsbedarf habe. Das Dienstrecht müsse neu verhandelt werden, bis zu Streikmaßnahmen sei alles möglich.

[Start / Pause Stumm schalten Leiser Lauter Vorspulen Zurückspulen](#)

Das Interview mit GÖD-Vorsitzendem Eugen Lampert führte ORF-Redakteur Stefan Krobath.

## Schülerprotest gegen die Zentralmatura

Die Schülerdemo wurde von der Sozialistischen Jugend gemeinsam mit einigen Schülergruppen organisiert. Rund 1.000 Schüler aus etwa 20 Schulen von der Tourismusschule Bludenz bis zum Gymnasium Gallusstraße Bregenz haben sich daran beteiligt.

Es gehe um den Kampf gegen die Zentralmatura und das neue Lehrerdienstrecht, so Streikleiter Kurt Bührle von der Sozialistischen Jugend gegenüber dem ORF Vorarlberg. Die Zentralmatura sei nicht ausgereift, die Lehrer seien überfordert, da es keine ordentliche Schulung gegeben habe.

[Start / Pause Stumm schalten Leiser Lauter Vorspulen Zurückspulen](#)

Video: *Streikleiter Kurt Bührle im Interview*

## Unerlaubt vom Unterricht ferngeblieben

Laut Rechtsabteilung des Landesschulrates sind die protestierenden Schüler unerlaubt vom Unterricht ferngeblieben. Sie dürfen ihr Streikrecht zwar wahrnehmen, aber nur in der unterrichtsfreien Zeit. Ob Schulen etwa Entschuldigungen der Eltern akzeptieren, bleibe ihnen überlassen, heißt es vom Landesschulrat.

Link: [Protest gegen neues Lehrerdienstrecht](#) (vorarlberg.ORF.at; 4.12.13) Publiziert am 12.12.2013

## SALZBURG 5.12.2013

### Große Lehrer-Demo in der Innenstadt

Die Demonstration gegen das neue Lehrerdienstrecht hat Donnerstagnachmittag in der Salzburger Innenstadt ein Verkehrschaos verursacht. Rund 1.500 Lehrer, Schüler, Eltern und Lehramtsstudenten haben eine halbe Stunde lang die Staatsbrücke blockiert.

Vor der Demo hatten die Lehrer zwei Stunden lang in Dienststellenversammlungen an ihren Schulen protestiert.



Foto: ORF

Bei der Pädagogen-Demo fanden sich laut Polizei rund 1.000 bis 1.500 Teilnehmer ein. Der Verkehr durch Salzburgs Zentrum war durch Demonstration und Kundgebung phasenweise stark beeinträchtigt bzw. blockiert.

Harte Kritik an Regierung  
Es war ein Sternmarsch von den Schulen zur Salzburger Staatsbrücke. Gut 100 Lehramtsstudenten hatten sich vor der Universität gesammelt, sagt Stefan Harlander von der

Hochschülerschaft: „Uns geht es darum, dass die Regierung ein Dienstrecht beschlossen hat, wo im Schulpraktikum bereits eine volle Lehrverpflichtung vorgeschrieben wird. Wir wollen aber nicht schon am Beginn unserer Berufszeit voll ausbrennen.“

## Auch Elternvertreter gegen neues Dienstrecht

Der Protestzug ging durch die Salzburger Altstadt, immer mehr Lehrer und Schüler schlossen sich an. Bei der Staatsbrücke folgte dann die große Kundgebung, die Landeselternvertreterin Heidrun Eibl-Göschl organisiert hatte: „Dieses Dienstrecht ist in Wirklichkeit ein Sparpaket der Regierung und bedroht die Qualität des österreichischen Schulsystems.“

Lehrergewerkschafter Anton Haslauer war mit 600 Kollegen und Schülern von Westösterreichs größter Schule, der HTL in Salzburg-Itzling, in die Innenstadt marschiert: „Es wird uns immer aufgedichtet, dass es nur um zwei bis drei Stunden mehr geht. Es ist in Wirklich ein Qualitätsverlust für die Schüler, der in dem neuen Dienstrecht drin ist.“



ORF

## Staus

Die Geduld von Busgästen und Autofahrern wurde während der Kundgebung hart auf die Probe gestellt. Das Verkehrschaos in der salzburger Innenstadt hat sich nur langsam aufgelöst

Auch in **Graz** haben am Donnerstagvormittag Lehramtsstudenten zu einem Flashmob aufgerufen und „ein faires Dienstrecht für Lehrer“ eingefordert. Mit der öffentlichen Korrektur von Hausarbeiten an verschiedenen Plätzen in der Altstadt wollten sie u.a. auf die Arbeit von Lehrern außerhalb des Unterrichts aufmerksam machen. Hinter der Veranstaltung steht die „Initiative für ein faires Lehrerdienstrecht“.

## „Sind Proteste bereits gewohnt“

In den anderen Bundesländern verliefen die heute österreichweit an AHS und berufsbildenden mittleren und höheren Schulen (BMHS) abgehaltenen Dienststellenversammlungen ohne besondere Vorkommnisse - die Schulen bzw. Schulbehörden seien Protestveranstaltungen bereits gewohnt, fasste es der burgenländische Landesschulratspräsident Gerhard Resch (SPÖ) zusammen: Es sei „ja nicht das erste Mal“. Am Donnerstagabend soll auch in Wien demonstriert werden. Treffpunkt ist um 18.00 Uhr vor der Uni Wien. Link: [Bundesweite Lehrer-Proteste](#) (ORF.at; 05.12.2013) Publiziert am 05.12.2013

## GRAZ 5.12.2013

### Angehende Lehrer: Demo gegen Dienstrecht

Nicht nur die Lehrer protestieren gegen das neue Lehrerdienstrecht. In Graz haben 250 Lehramtsstudenten, also die zukünftigen Lehrer, für ihre Anliegen demonstriert. Sie glauben, dass auch die Schüler unter den Neuerungen leiden würden.

Es ist keine laute Demonstration, zu der sich rund 250 Lehramtsstudenten in der Grazer Herrengasse eingefunden haben - ganz im Gegenteil: Sie sitzen am Boden und korrigieren Hefte. Damit wollen sie zeigen, dass Lehrer mehr tun, als in der Klasse zu stehen.



APA/Wolfgang Wehap

## Ein „Nicht Genügend“ gaben die Studenten dem Lehrerdienstrecht. Kritik am fachfremden Unterricht

Das neue Lehrerdienstrecht, so meinen sie, würde weder ihrer eigenen beruflichen Zukunft, noch der der

Schüler gut tun. „Es geht darum, dass Lehrer auf einmal etwas unterrichten sollen, was sie gar nicht studiert haben“, erklärt Anna Maria Berger von der Initiative für ein faires Lehrerdienstrecht. „In der Unterstufe soll es mit dem Bachelor so weit sein, dass wir nicht nur unsere Fächer unterrichten, sondern alle Fächer, wenn die Notwendigkeit da ist.“ Am fachfremden Unterricht hatten zuvor auch schon die AHS-Lehrergewerkschafter Kritik geübt - mehr dazu in [Erste Proteste im Streit um Lehrerdienstrecht](#).

### **Stimmen vom Protest: „Lehrer nicht diskriminieren“**

Aber es gibt auch noch weitere Kritikpunkte der Studenten am neuen Dienstrecht, unter dem sie künftig beschäftigt sein könnten, wie etwa Bezahlung, Arbeitszeit und fehlende Anerkennung. „Ich finde es eine massive Verschlechterung, dass das Lebensgehalt niedriger wird für eine längere Arbeitszeit“, sagt etwa ein Demonstrant.



APA/Wolfgang Wehapp

### **Hefte korrigieren aus Protest**

Andere wünschen sich faire Arbeitsbedingungen – und dass Lehrer „als arbeitende Menschen anerkannt und nicht immer diskriminiert werden“, wie es eine Teilnehmerin der Proteste ausdrückt. Maßnahmen sollen weitergehen

Und dieser Protest soll laut Gewerkschaft nicht die letzte Maßnahme gewesen sein: Boykotts von Schulveranstaltungen, weitere Demos und auch Streiks sind nicht ausgeschlossen. Über weitere Maßnahmen berieten am Donnerstag österreichweit auch die Lehrer bei sogenannten Dienststellenversammlungen. Mehr als 120.000 Lehrerinnen und Lehrer hatten dort die Möglichkeit, ihrem Unmut zum neuen Lehrerdienstrecht Luft zu machen und sich über Details zu informieren. Informationsaustausch und Abstimmung

Beim Lokalaugenschein im Konferenzzimmer der HIB-Liebenau - einem Gymnasium und Oberstufengymnasium – ging es dabei jovial, teils aber auch hitzig zu. Lehrpersonal, Vertreter der Österreichischen Hochschülerschaft, Eltern und Schülervertreter konnten sich über die geplanten Änderungen informieren und diese diskutieren. In zwei Stunden und einer Viertelstunde Überziehung wurde diskutiert und schließlich über eine etwaige Teilnahme an weiteren Maßnahmen abgestimmt. Weitere Protest- und Boykottmaßnahmen werde man mittragen, hieß es in der HIB-Liebenau. Der Parlamentsbeschluss über das neue Lehrerdienstrecht soll am 17. Dezember im Parlament abgesegnet werden.

LINZ 5.12.2013

## Dienstrecht bringt Lehrer in Rage: "Sind bereit für Streik"

Artikel Herbert Schorn 06. Dezember 2013 - 00:04 Uhr

**BERÖSTERREICH.** "Wir sind hier, wir sind laut, weil man uns die Bildung klaut", rufen die etwa 150 Demonstranten, die sich Donnerstag vor dem Sitz der Gewerkschaft in Linz versammelten.

*Bild: VOLKER WEIHBOLD*



Dazwischen verschaffen sie sich mit Vuvuzelas, Trillerpfeifen und Rasseln Gehör, obwohl kaum Passanten vorbeikommen. Lehrer aus vier Linzer Gymnasien haben diese Kundgebung organisiert, um ihrem Ärger gegen das geplante Lehrer-Dienstrecht und die ihrer Ansicht nach zu laxen Proteste der Gewerkschaft Luft zu machen. "Wir sind bereit für einen Streik", sagt Organisator Michael Maurer, Lehrer am Gymnasium Hamerlingstraße.

Das neue Dienstrecht betrifft künftige Lehrer. Sie verdienen zu Beginn ihrer Laufbahn mehr, am Ende weniger. Was viele besonders stört: Die Lehrverpflichtung wird einheitlich auf 24 Stunden angehoben. Zeit

für Korrekturen wird nicht mehr von der Lehrverpflichtung abgezogen, statt dessen gibt es Zuschläge. "Das ist nicht tragbar. Diese Fächer sind anders zu behandeln", sagt Tatjana Schmid-Schutti vom BORG Honauerstraße. Kommt die Regelung, müssten Lehrer dieser Fächer bis zu zwei zusätzliche Klassen übernehmen.

Auch Schüler sind zur Demo gekommen. Viele stört, dass Lehrer in Zukunft alle Fächer unterrichten können, nicht nur jene, in denen sie geprüft sind.

### Auch Schüler überlegen Streik

Schon am Vormittag wurden die Pädagogen in Gymnasien und berufsbildenden höheren Schulen (BMHS) über das neue Dienstrecht informiert. "Das Interesse der Lehrer war groß", sagt Johann Oberlauer, Landeschef der Gewerkschaft für BMHS-Lehrer.

Ein österreichweiter Streik wird auch auf Schülerseite angedacht. Viele sind wegen der Zentralmatura, die nächstes Jahr in den Gymnasien startet, verunsichert. Derzeit verhandelt die Bundesschülervertretung mit dem Ministerium und jenem Institut, das die Zentralmatura abwickelt. Am Wochenende soll eine Streikentscheidung fallen.



*Bild: VOLKER WEIHBOLD*

-----  
Zusammenstellung R.S., 17.12.2013 aus ORF.at + ÖÖN (Linz-Bereich)